

Julian Nida-Rümelin

Freiheit, Staat und Steuern



Julian Nida-Rümelin

(* 1954) ist Professor der politischen Theorie und Philosophie an der Universität München und Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD, er war Kulturstaatsminister. Veröff. u.a. *Demokratie und Wahrheit*.

Sekretariat.Nida-Ruemelin@lrz.uni-muenchen.de

Die wirkungsmächtigste Ideologie seit dem Niedergang des Marxismus und des Neomarxismus in den 70er Jahren beruhte auf drei Glaubenssätzen.

Erstens: Freiheit ist die Freiheit des Einzelnen. Margaret Thatcher, eine der erfolgreichsten politischen Exekutoren dieser Ideologie, verstieg sich zu der These »There is no society«: Es gibt keine Gesellschaft. Was es gibt, das sind einzelne, wir dürfen auch sagen, atomisierte, aus dem sozialen und kulturellen Zusammenhang herausgelöste Individuen, die ihre Interessen verfolgen.

Zweitens: Die ideale Interaktionsform individueller Freiheit ist der Markt. Der Markt beruht auf Konkurrenz und individuellen Akteuren, die ihren Eigennutzen optimieren. Auf dem Markt haben Kooperation, Gemeinschaftsbindung und Loyalität keinen Platz. Der Markt erlaubt die Entfaltung des Eigeninteresses und sichert pareto-effiziente Verteilungen.

Drittens: Staatsaktivität und Steuern sind wegen eines verbreiteten Marktversagens nicht völlig vermeidbar, sollten aber auf das unumgänglich notwendige Minimum beschränkt werden. Die Individuen wissen immer am besten, was ihren Interessen dient, jedenfalls besser als der Staat. Sie sollten daher möglichst viel Netto vom Brutto haben.

Diese drei Glaubenssätze entfalteteten in den vergangenen drei Dekaden eine immense Wirksamkeit. Sie veränderten die Politik bis hinein in die Sozialdemokratie. Vielleicht ist es damit nun vorbei:

Wir durchschreiten gerade die Talsohle der größten oder nach 1929 ff. zweitgrößten globalen Finanzmarkt- und daraus resultierender Realwirtschaftskrise – insbesondere in den entwickelten westlichen Volkswirtschaften. Nach dieser historischen Erfahrung der 30er Jahre mit allen ihren politischen Folgen war nichts mehr wie zuvor. Ob nach 2008 ebenfalls nichts mehr so sein wird wie zuvor, wird die Zukunft zeigen. Ich vermute es. Sollte ich mich irren, wäre die Alternative eine anhaltende Krisenanfälligkeit der globalen Wirtschaft, wie sie insbesondere aus dem letzten Drittel des 19. und dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts vertraut ist, mit allen politischen Folgen, die das nach sich ziehen wird.

Die politische Moderne, die im 17. Jahrhundert ihren Ursprung hat, beginnt mit der Entdeckung der beiden normativen Grundprinzipien Freiheit *und* Gleichheit. Ich spreche von »Entdeckung«, weil es sich hier nicht lediglich um eine kulturelle oder historische Besonderheit handelt, sondern um eine anthropologisch begründete Erkenntnis: Menschen sind, bei allen Unterschieden, in

gleicher Weise in der Lage, selbstbestimmt zu leben. Dies macht jede Ungleichbehandlung und jede Freiheitseinschränkung begründungsbedürftig. Die politische Moderne macht in diesem Zusammenhang von der Idee des Vertrags Gebrauch. Jede Form politischer Herrschaft, jede Struktur politischer Institutionen, einschließlich der Praxis der Steuererhebung und der sozialen Umverteilung, muss sich auf einen grundlegenden Konsens der Bürgerschaft zurückführen lassen. Dieser Konsens beruht auf der wechselseitigen Anerkennung als Freie und Gleiche. Die gesamte normative Ordnung der politischen Moderne beruht auf diesen beiden Grundprinzipien.

Es ist verwunderlich, wie leichthin in den politischen Debatten, in Feuilletons, aber sogar in der politischen Philosophie diese normative Grundstruktur dispensiert wird. Etwa in der Form, dass Freiheit gegen Gleichheit in Stellung gebracht wird, oder gar – eine gegenwärtige Modeströmung der Philosophie –, dass dem Prinzip der Gleichheit jede Geltung abgesprochen wird (der sogenannte *non-egalitarianism* von Harry Frankfurt u.a.). Dabei ist dieses Verhältnis in meinen Augen längst geklärt: Es geht um gleiche Freiheit, um gleichen Respekt, um gleiche Autonomie, um gleiche Anerkennung, um die grundsätzlich gleiche Befähigung und den gleichen Anspruch aller Bürger auf ein selbstbestimmtes Leben. Ohne dieses normative Fundament, in dem Gleichheit und Freiheit miteinander verkoppelt werden, wäre der demokratische Rechtsstaat und die politische Praxis in der Demokratie unverständlich. Wer dies in Frage stellt, gefährdet das gesamte normative Gefüge einer demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung.

»Es geht um gleiche Freiheit, um gleichen Respekt, um gleiche Autonomie, um gleiche Anerkennung.«

Der klassische Liberalismus steht für diese Verbindung ebenso wie die Sozialdemokratie seit ihren Anfängen. Es ist ideengeschichtlich nicht abwegig, die Sozialdemokratie als die Vollendung des klassischen Liberalismus zu verstehen. An der Rolle kantischer Philosophie lässt sich das illustrieren. Kant ist derjenige, der wie niemand vor ihm dieses normative Fundament der gleichen Würde, der Nichtverrechenbarkeit individueller Autonomie auf den Begriff bringt. Der Neukantianismus, zu großen Teilen identisch mit dem, was als »Kathedersozialismus« des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts kritisiert wurde, überführt die praktische Philosophie Kants zu einer kohärenten, die politische und staatliche Dimension einschließenden Philosophie. Gleiche Freiheit ist nicht nur unvereinbar mit einer überkommenen ständischen Ordnung, mit Adelsprivileg und anderen Vorrechten von Geburt, sondern nimmt den Staat in die Pflicht, im Rahmen seiner Möglichkeiten die Bedingungen zu schaffen, dass Menschen gleichermaßen ihr Leben selbst gestalten können.

Während es ein Kontinuum zwischen den Grundprinzipien des klassischen Liberalismus und den normativen Fundamenten des ethischen Sozialismus gibt, bricht der zeitgenössische Wirtschaftsliberalismus, das was missverständlich als »Neoliberalismus« bezeichnet wird, mit dem oben skizzierten normativen Fundament der politischen Moderne, des klassischen Liberalismus und der Sozialdemokratie gleichermaßen. Das, was im amerikanischen Diskurs als *libertarianism* bezeichnet wird, kennt ausschließlich individuelle Eigentumsrechte. Der Markt ist die einzig legitime Interaktionsform. Was nicht marktförmig ist oder als Ergebnis des Marktgeschehens resultiert, ist illegitim. Ideen-

geschichtlich handelt es sich um eine Wiederauflage des Anarchismus und systematisch handelt es sich um eine Alternative zur demokratischen Ordnung. In letzter Konsequenz soll der Markt an die Stelle des Staates, soll der Konsument an die Stelle des Bürgers treten.

Suche nach dem Optimum aus Staat und Markt

Lässt sich ein Kriterium angeben, wie umfangreich der legitime, steuerfinanzierte Staat sein sollte? Wenn man dies ausschließlich wohlfahrtsstaatlich betrachtet, also die Qualität einer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung an der Wohlfahrt der Individuen, die dieser Ordnung angehören, misst, dann lässt sich das im Prinzip jedenfalls quantifizieren: Eine reine Marktgesellschaft realisiert bei der gegebenen Produktivität- und Ressourcenlage individuelle Wohlfahrt weit unterhalb des Möglichen. Ausgehend von der reinen Marktgesellschaft führt die Bereitstellung kollektiver Güter (zunächst Sicherheit, dann soziale Güter, dann Bildungsgüter, Umweltgüter etc.) zu einer Anhebung des Aggregats individueller Wohlfahrt und zu einer Verbesserung des individuellen Wohlfahrtsniveaus für alle, was angesichts der Tatsache, dass kollektive Güter idealiter für alle gleichermaßen zugänglich sind, eine gewisse Plausibilität für sich in Anspruch nehmen kann. Wenn man vom anderen Extrem ausgeht, einer reinen Staatsökonomie, die über Steuern und Abgaben das Gesamt der Güterproduktion finanziert, dann ist ebenfalls anzunehmen, dass die individuelle Wohlfahrt weit unterhalb des Möglichen rangieren wird. Dies lässt vermuten, dass – *ceteris paribus* – sich zwischen diesen beiden negativen Extremen (der reinen Marktgesellschaft und der reinen Staatsgesellschaft) ein Optimum befindet, das durch eine angemessene Mischung von Privat- und Staatstätigkeit geprägt ist. Dieses Optimum ist dann überschritten, wenn ein zusätzlich über Steuern und Abgaben bereitgestellter Betrag größere Wohlfahrtsverluste durch Einbußen individuellen Einkommens als Wohlfahrtsgewinne durch die Bereitstellung kollektiver Güter durch Staatsaktivität hervorbringt. Von der reinen Staatsgesellschaft her kommend gilt das Gleiche: Der Staatsabbau hat sein Optimum überschritten, wenn die individuellen Wohlfahrtsgewinne durch individuell verfügbares Einkommen geringer sind als die individuellen Wohlfahrtsverluste durch eine Verminderung kollektiver Güter. Das Optimum ist dann erreicht, wenn die jeweiligen Verluste und Gewinne sich genau die Waage halten.

Kann man abschätzen, wie es sich in der Bundesrepublik Deutschland verhält? Dies ist schon deswegen schwierig zu beurteilen, weil wir kein allgemein akzeptiertes Maß für die Messung individueller Wohlfahrt haben. Immerhin gibt es eine Vielzahl von Indikatoren, die in der sozialwissenschaftlichen Forschung, aber auch bei den Messungen der Vereinten Nationen, etwa dem *Human Development Index*, zur Anwendung kommen. Interessant ist jedenfalls, dass sich die Bürgerschaft vermutlich zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Monaten gegen weitere Steuer-senkungen ausgesprochen hat. D.h. die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger ist der Auffassung, dass ihre je individuellen Wohlfahrtsgewinne die Verluste an kollektiven Gütern, besonders durch Aktivitäten der Kommunen, nicht aufwiegen.

Die Mär von der hohen »Staatsquote«

Es gibt ein gemeinsames Interesse an öffentlicher Infrastruktur, an Schulen, Ganztageseinrichtungen, an sozialen Diensten, welches das Interesse an individuellen Wohlfahrtsgewinnen durch ein höheres verfügbares Einkommen in Folge von Steuersenkungen überschreitet. Die öffentliche Debatte wird dadurch verzerrt, dass ein wohldefinierter, aber irreführender Begriff der »Staatsquote« etabliert ist. Die Auffassung ist verbreitet, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der die Privatwirtschaft und die Staatswirtschaft das in etwa gleiche Gewicht haben (mit einer Staatsquote über 40 %). Die relevanten Fakten sind andere: Gegenwärtig macht die Lohn- und Gehaltssumme des Öffentlichen Dienstes etwa 8 % der gesamten Lohn- und Gehaltssumme in der Bundesrepublik Deutschland aus. Wenn man die Zahl der Personen zusammenrechnet, kommt man auf etwa 12 %. Wenn die Produktivität der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst in etwa die gleiche ist wie in der Privatwirtschaft, dann kommen wir auf einen Anteil von Öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, die über Steuern und Abgaben bereitgestellt werden, von etwa 10 %. Wenn der Begriff der »Staatsquote« nicht schon besetzt wäre, so müsste man ihn in diesem Sinne umdefinieren. Die Staatsquote in einem substanziellen Sinne (herausgerechnet reine Transferleistungen, die nicht mit der Produktion kollektiver Güter verwechselt werden dürfen) bewegt sich in Deutschland gegenwärtig in der Größenordnung von 10 %.

Die Propaganda der letzten Monate, man müsse das privat verfügbare Einkommen erhöhen, um die Konjunktur zu beleben, entbehrt jeder sachlichen Grundlage. Steuersenkungen führen vor allem dort zu Entlastungen, wo Steuern in höherem Umfang gezahlt werden, das betrifft also besonders die oberen Arbeitnehmereinkommen (das oberste Quintil trägt zu etwa 50 % zum Einkommenssteueraufkommen bei). Gerade in diesem Bereich ist der Konsum jedoch nicht ausschließlich vom jeweils monatlich verfügbaren Einkommen abhängig, sondern von anderen Größen, insbesondere von der Zukunftserwartung. Ein höheres verfügbares privates Einkommen in diesen Schichten führt in der Regel zu einem Ansteigen der Sparquote. Der Abbau von Steuereinnahmen führt jedoch im Öffentlichen Dienst, zumal unter der Bedingung einer grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse, zu einer entsprechenden Verringerung der staatlichen Nachfrage. Es ist interessant, dass die Bürgerschaft diesen Zusammenhang rascher und offenbar gründlicher durchschaut hat als der Großteil der liberalen, auch der konservativen Politiker in Deutschland. Das macht in meinen Augen die eigentliche Krise von Schwarz-Gelb gegenwärtig aus: Sie haben eine Politik verfolgt, von der sie meinten, dass sie die Unterstützung der großen Mehrheit der Bevölkerung hätten, und haben überrascht festgestellt, dass die irrationale Begründung dieser Politik erstaunlich rasch und trotz Widerstandes in einem Gutteil der konservativen Medien von der Öffentlichkeit durchschaut wurde.

»Die Propaganda der letzten Monate, man müsse das privat verfügbare Einkommen erhöhen, um die Konjunktur zu beleben, entbehrt jeder sachlichen Grundlage.«